

Sachdokumentation:

Signatur: DS 508

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/508

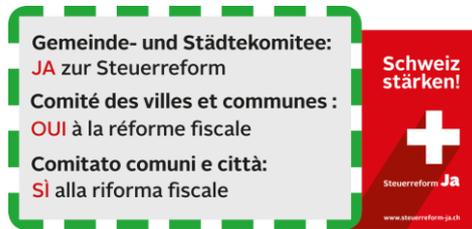


Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Medienmitteilung

Bern, 6. Dezember 2016

Gemeinden, Städte und KMU für die Steuerreform

Ein breites Komitee von Vertreterinnen und Vertretern von Schweizer Gemeinden, Städten und der KMU-Wirtschaft präsentierte heute in Bern die Argumente für ein Ja zur Unternehmenssteuerreform III. Diese sichert Steuereinnahmen in Milliardenhöhe und Arbeitsplätze gerade auch bei KMU. Fallen diese weg, stehen in den Gemeinden auch Einkommenssteuern auf dem Spiel. Die Reform stärkt den Föderalismus und damit die Kantone und Gemeinden. Sie erhalten vom Bund über eine Milliarde Franken zusätzlich. Umgesetzt wird die Reform föderalistisch vor Ort in den Kantonen und Gemeinden, so dass dort massgeschneiderte Lösungen gefunden werden können.

«Bisher gesondert besteuerte Unternehmen zahlen über 5 Milliarden Franken an Steuern. Seit 1990 sind die Steuereinnahmen von Unternehmen markant angestiegen. Diese wichtige Einnahmequelle dürfen wir gerade als Gemeinden und Städte nicht aufgeben. Wir müssen sie langfristig sichern und ausbauen. Deshalb braucht es die Steuerreform», hält Martin Bäumle, Finanzvorstand der Stadt Dübendorf und Nationalrat glp ZH fest.

Steuereinnahmen sichern – Föderalismus stärken

«Es ist keine Frage, ob wir das Steuersystem anpassen, sondern nur eine Frage, wie wir dies tun und ob es vom Bund ein Unterstützungsprogramm gibt oder nicht. Ohne die Steuerreform setzen wir milliardenhohe Steuereinnahmen aufs Spiel. Das sind öffentliche Gelder, die den Kantonen, Städten und Gemeinden schmerzlich fehlen würden», sagte Ständerat Hannes Germann, Co-Präsident des Städte- und Gemeindekomitees für die Steuerreform. Als ehemaliger Gemeindepräsident pochte ich auch darauf, dass die Kantone bei der Umsetzung die Gemeinden eng mit einbinden.»

Die Stärkung des Föderalismus ist auch für Michele Bertini, Vizebürgermeister von Lugano, ein wichtiges Argument für die Steuerreform: «Diese Reform ist ein ausgewogener und sorgfältiger Kompromiss, der die Kantone stärkt. Sie schafft die Rechtssicherheit für die Unternehmen, sichert die Arbeitsplätze und die Steuereinnahmen.»

Gemeinden wollen die über 150'000 Arbeitsplätze sichern

«Es geht bei dieser Steuerreform um viel mehr als um Steuern. Auf dem Spiel steht die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Mit der Steuerreform sichern wir 150'000 Arbeitsplätze bei grossen Unternehmen und mindestens nochmal so viele bei den KMU. Für die Arbeitsplätze und die Zukunft in den Gemeinden ist das von entscheidender Wichtigkeit», unterstreicht Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv und Nationalrat FDP ZH.

«Ich weiss, was es heisst, sich für die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden einzusetzen und zu schauen, dass sie in unserer Gemeinde erfolgreich arbeiten können», ergänzt Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin von Sigriswil am Thunersee. «Wirtschaftsförderung in einer Gemeinde wie bei uns in Sigriswil ist kein Sonntagsspaziergang. Mit der Steuerreform können wir in die Zukunft schauen und uns als Wirtschaftsstandort erfolgreich aufstellen.»

Bund unterstützt mit über einer Milliarde Franken

«Das heutige Steuersystem muss aufgrund internationalen Drucks angepasst werden. Handeln müssen wir sowieso», hält CVP-Nationalrat Yannick Buttet, Präsident der Walliser Gemeinde Collombey-Murraz fest. «Mit der Reform erhalten Kantone und Gemeinden vom Bund 1,1 Milliarden Franken zusätzlich als Unterstützung. Bei einem Nein würde die Herausforderung dieselbe bleiben, aber wir würden auf die Mittel aus Bundesbern verzichten. Das ist ein wichtiger Grund für die breite Unterstützung des Gemeinde- und Städtekomitees für diese Steuerreform.»

Bereits abgestimmt über die Umsetzung der Steuerreform auf kantonaler Ebene hat der Kanton Waadt. Dort sagten über 87% der Stimmberechtigten Ja zur kantonalen Umsetzung. Auch ein Grossteil der Gemeinden und Städte, wie Laurent Wehrli, Stadtpräsident von Montreux betont: «Die Waadt ist der Beweis dafür, dass die Steuerreform auf kantonaler Ebene gerade für die Gemeinden gut umgesetzt werden kann.» Ohne die nationale Reform, wäre aber auch die Waadtländer-Lösung Makulatur.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Nationalrat FDP ZH,
Tel.: 031 380 14 14, Mobile: 079 285 47 09

Martin Bäumle, Finanzvorstand Dübendorf, Co-Präsident «Gemeinde- und Städtekomitee Ja zur Steuerreform», Nationalrat GLP ZH, Mobile: 079 358 14 85

Hannes Germann, Co-Präsident «Gemeinde- und Städtekomitee Ja zur Steuerreform», Ständerat SVP SH, Mobile: 079 401 00 01

Yannick Buttet, Gemeindepräsident Collombey-Muraz, Co-Präsident «Gemeinde- und Städtekomitee Ja zur Steuerreform», Nationalrat CVP VS, Mobile: 079 260 52 64

Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin von Sigriswil, Kantonsrätin SVP BE,
Mobile: 079 515 69 70

Michele Bertini, Vizebürgermeister von Lugano, FDP, Mobile: 079 390 04 72

Laurent Wehrli, Stadtpräsident Montreux, Nationalrat FDP VD, Mobile: 079 221 80 82

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.

Pressekonferenz «Gemeinden, Städte und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, Nationalrat FDP ZH

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zur Pressekonferenz der Gemeinden, der Städte und der KMU-Wirtschaft, die sich heute hier mit einem breiten Komitee im Rücken für ein Ja zur Steuerreform einsetzen. Wieso treten hier heute Gemeinde- und Stadtevertreter zusammen mit der KMU-Wirtschaft vor die Medien? Weil für sie die Annahme der Steuerreform ausschlaggebend wichtig für den Erfolg, den Wohlstand und die Arbeitsplatzsituation gerade auch bei den KMU in ihren Regionen und Gemeinden ist.

Viele Gemeinden und Städte haben die Wichtigkeit der Steuerreform für den Erfolg auf kommunaler Ebene erkannt. Dem Städte- und Gemeindegomitee «Ja zur Steuerreform» sind bisher schon über 200 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden aus allen Landesteilen beigetreten. Eine ubersichtsliste finden Sie in der Dokumentation. Dieses Komitee wird heute hier von kommunalen Repräsentanten aus allen Sprachregionen der Schweiz vertreten.

Yannick Buttet, Gemeindepräsident von Collombey-Muraz im Wallis, Martin Bäumle, Finanzvorstand der Stadt Dübendorf im Kanton Zürich, Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin von Sigriswil im Kanton Bern, Hannes Germann, Co-Präsident des Gemeinde- und Stadtekomitees und Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes sowie Michele Bertini, Vizebürgermeister von Lugano und Laurent Wehrli, Stadtpräsident von Montreux. Sie werden heute zu Ihnen sprechen, nach der Pressekonferenz Ihre Fragen beantworten und für individuelle Interviews zur Verfügung stehen.

Es geht bei dieser Steuerreform um viel mehr als um Steuern. Es geht um nichts weniger als um die Zukunft unseres Landes. Wer in den Gemeinden und Städten aktiv ist und die Gesellschaft als engagierter Gemeindepolitiker, als Stadtpräsidentin oder über vielerorts noch in Miliz organisierte Organisationen wie Feuerwehr, Vereine oder Arbeit bei den Jugendorganisationen kennt, weiss: die Wirtschaft und die Gesellschaft sind eins. Gemeinsam sind sie die tragenden Stützen unserer Gesellschaft. Der KMU-Unternehmer stellt sich für Aufgaben in der Gemeinde zur Verfügung. Seine Firma ist abhängig von den Aufträgen des Grossunternehmens aus dem Nachbarort. Die Mitarbeitenden bei der Firmen stellen die Hälfte der Startelf der ersten Mannschaft des lokalen Fussballvereins. Und die Juniorenmannschaft sowie der Madchenturnverein haben ein Dress, das von diesen Firmen gestiftet wurde.

Was will ich damit sagen: Was wir auf lokaler und regionaler Ebene in der Realität ganz natürlich leben, dürfen wir nicht auf nationaler Ebene theoretisch in einer ideologisierten Debatte auseinanderdividieren und gegeneinander ausspielen. Grosse Firmen, KMU, die Gemeinden und die Gesellschaft. Sie sind eins. Der Wohlstand, die Vollbeschäftigung, der Fortschritt und die Innovationskraft unseres Landes. Das alles schaffen wir nur gemeinsam. Die auf lokaler Ebene selbstverständlich funktionierende Einheit macht auch unser ganzes Land stark. Das müssen wir vor uns Augen halten, wenn wir über diese Steuerreform sprechen.

Über eine Steuerreform, die unausweichlich wird, weil wir unser heutiges System aufgrund internationalen Drucks zwingend anpassen müssen. Mit der Unternehmenssteuerreform nehmen wir das Heft selber in die Hand und stellen die Rahmenbedingungen so, dass wir wettbewerbsfähig bleiben.

So wettbewerbsfähig, dass wir über 150'000 Arbeitsplätze in grossen Unternehmen bei uns behalten können. Jeder dieser Arbeitsplätze bedeutet für die Gemeinden ein wichtiger Steuerzahler.

So wettbewerbsfähig, dass wir über 5 Milliarden Steuereinnahmen auch weiterhin von den grossen Unternehmen einholen können. Denn auf diese Beiträge sind die Gemeinden aber auch die KMU und der Mittelstand zwingend angewiesen. Sie können Ausfälle in dieser Grössenordnung nicht kompensieren.

So wettbewerbsfähig, dass die KMU weiterhin für die grossen Unternehmen Aufträge ausführen und so Arbeitsplätze anbieten können. Denn verlieren wir die grossen Firmen, gehen auch bei den KMU tausende Stellen verloren und mit ihnen die Mitarbeitenden und Steuerzahler vor Ort.

Meine Damen und Herren. Die 1. Mannschaft des lokalen Fussballvereins wird sicher keine Siege mehr einfahren, wenn die Hälfte der Leistungsträger wegziehen muss. Die Feuerwehr und die Gemeinden können ihre Funktionen nicht mehr wie gewünscht erfüllen, wenn sie die besten Leute und die finanziellen Mittel mangels Zukunftsperspektiven verlieren. Und die Gesellschaft hat nichts gewonnen, wenn wir uns nicht für die Zukunft rüsten und aufstellen.

Ein Ja zur Steuerreform ist ein Ja zu unserer Zukunft, ein Ja zum Wohlstand, ein JA zur Schweiz.

Ich danke Ihnen. Gerne gebe ich jetzt das Wort an Herrn Martin Bäumle weiter.

Pressekonferenz «Gemeinden, Städte und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

Steuereinnahmen sichern: Ja zur Steuerreform

Martin Bäumle, Finanzvorstand Dübendorf ZH, Co-Präsident «Gemeinde- und Städtekomitee Ja zur Steuerreform», Nationalrat GLP ZH

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Internationale Unternehmen zahlen über 5 Milliarden Franken an Steuern. Seit 1990 haben sich die Steuereinnahmen von Unternehmen vervierfacht. Diese wichtige Einnahmequelle dürfen wir nicht aufgeben. Wir müssen sie langfristig sichern und ausbauen. Deshalb braucht es die Steuerreform. Ohne diese droht der Verlust von Milliardenbeträgen an Steuersubstrat. Das sind öffentliche Gelder, die den Kantonen, Städten und Gemeinden schmerzlich fehlen würden. Das muss mal so klipp und klar festgestellt werden.

Ohne Reform drohen gravierende volkswirtschaftliche Schäden und finanzielle Einbussen. Steuereinnahmen von 5,3 Milliarden Franken allein bei der Gewinnsteuer wären gefährdet. Wie der KPMG Swiss Tax Report 2016 zeigt, kämen noch Milliarden an Einkommenssteuern sowie indirekte Einnahmen dazu. Auch bei einem Scheitern der Reform wären die Kantone zum Handeln gezwungen, ohne jedoch über die notwendigen steuerpolitischen und finanziellen Mittel zu verfügen. Gewinnsteuersenkungen wären das nahliegende Mittel und Gemeinden würden nicht von den Ausgleichsmassnahmen der Steuerreform profitieren. Aus diesem Grund ist es für die Gemeinden sehr wichtig, dass die Steuerreform angenommen wird.

Am 12. Februar 2017 stimmen wir über die nationale Vorlage ab. Die Umsetzung in den Kantonen und Gemeinden wird im Anschluss kantonal geregelt und dem Volk in den Kantonen nochmals vorgelegt. Mit der Reform zahlt der Bund neu 1.1 Milliarden Franken zusätzlich an die Kantone und Gemeinden, damit diese die Reform ohne zu hohe kurzfristige Ausfälle umsetzen können. Gerade für den Kanton Zürich und seine Gemeinden und Städte ist die USR III von grösster Wichtigkeit. Denn Zürich, wie kaum ein anderer Kanton, ist auf die Kompensationsmassnahmen des Bundes dringend angewiesen. Der Kanton Zürich hat heute eine verhältnismässig hohe Unternehmenssteuerbelastung, ist jedoch dank den Steuerstatus auch für Holding-, Domicil- und gemischte Gesellschaften attraktiv. Diese generieren immerhin 6 Prozent der Gewinnsteuererträge, 19 Prozent der Kapitalsteuererträge und 6'000 Arbeitsplätze sowie zahlreiche Aufträge an KMU.

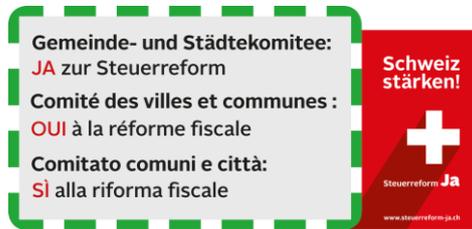
Verlieren wir genau diese Unternehmen als Steuerzahler, verlagert sich der Steuerwettbewerb einzig auf die allgemeine Unternehmenssteuerbelastung. Ohne die vorgesehenen Kompensationsmassnahmen des Bundes verliert der Kanton Zürich neben dem Anschluss im Steuerwettbewerb auch massiv Steuereinnahmen. Die Ablehnung der USR III ist für die Zürcher Wirtschaft und den Standort Zürich somit keine Option. Sie würde Arbeitsplätze gefährden und ein grosses Loch in die Kasse von Kanton und Gemeinden reissen.

Zusammenfassend gehe ich davon aus, dass bei einem Nein der Standort Schweiz an Attraktivität einbüßen wird und dies direkt und indirekt mittelfristig zu Steuerausfällen von 10 Mrd. oder mehr führen könnte. Die USR III stärkt die Schweiz für Forschung und Innovation, kann die Abwanderung von Firmen vermeiden und Neuansiedlungen fördern. Damit werden die schrittweise bis 2023 zu erwartenden statischen Steuerausfälle von 2-2.5 Mrd. am Ende deutlich geringer ausfallen und könnten sogar unter 1 Mrd. bleiben. Faktor 1:10.

Für meine Gemeinde Dübendorf gefährdet ein Nein mittelfristig Steuereinnahmen (geschätzt) von 5 bis 10 Millionen pro Jahr oder 7-14 Steuerprozent, während eine pragmatische Umsetzung der USR III nach einem Ja bis 2023 1.5 bis 2.0 Mio, oder 2-3 Steuerprozent kosten dürfte, was bei einem weiteren Grundwachstum der Einnahmen verkraftbar sein dürfte.

Noch ein Wort zur USR II: Die nachweisebaren Steuerausfälle aus der privilegierten Dividendenbesteuerung für meine Gemeinde betragen 2009 wenige 10'000.- Franken und sind statistisch in den Folgejahren auch nicht nachweisbar. Ein Bericht des Bundes vom 1.07.15 weist ebenfalls nach, dass die effektiven Steuerausfälle ex post im Rahmen der Annahmen blieben sind und die dynamischen Effekte die statischen Verluste weitestgehend aufgewogen haben. Damit hat die USR II das gewünschte Ziel erreicht und anderslautende Behauptungen sind schlicht böswillige Falschaussagen, welche sich nicht statistisch belegen lassen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Pressekonferenz «Gemeinden, Stade und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

Die Gemeinden bestimmen mit

Hannes Germann, Co-Präsident «Gemeinde- und Städtekomitee Ja zur Steuerreform», Standerrat SVP SH

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein Ja zur Steuerreform ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz und damit auch für die Gemeinden und Stade elementar wichtig. Auf dem Spiel stehen über 150'000 Arbeitsplätze und über 5 Milliarden Franken Steuereinnahmen, deren Wegfall auch auf kommunaler Ebene schmerzen würde. Darum müssen wir alles daransetzen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit auch mit der unausweichlichen Abschaffung der bisherigen Sonderregime in den Kantonen erhalten bleibt. Damit sichern wir Steuereinnahmen beim Bund, den Kantonen - und in Staden und Gemeinden!

Die Steuerreform ist insgesamt ein ausgewogener und fairer Kompromiss zwischen Bund, Kantonen, Parlament und Wirtschaft. Von dieser wegweisenden Reform profitieren auch die Gemeinden direkt und indirekt. Sicher, ich mache kein Geheimnis daraus, dass sich viele Gemeinden in Bezug auf die kantonale Umsetzung mehr Sicherheit gewünscht hatzen, wie sie eingebunden werden müssen – direkt ins Gesetz formuliert. Auf einen solchen Passus hat das Parlament schlussendlich aus federalistischen Gründen verzichtet. Der Bund soll sich nicht in die innerkantonale Zusammenarbeit zwischen Kantonen und Gemeinden einmischen. Einige mögen dies bedauern. Ich möchte jedoch zwei Punkte unterstreichen:

Erstens: Am 12. Februar 2017 stimmt die Bevölkerung über ein nationales Unterstützungsprogramm vom Bund für die Kantone ab. Abgestimmt wird nicht über die kantonale Umsetzung! Am 12. Februar 2017 geht es nur darum, ob die Kantone und Gemeinden die unausweichliche Änderung des kantonalen Steuersystems mit oder ohne entlastende Begleitmassnahmen umsetzen werden. Es geht darum, ob der Bund neue Instrumente und finanzielle Mittel von jährlich 1,1 Milliarden Franken zur Verfügung stellt, um die Folgen abzufedern. Von diesem Geld können auch Gemeinde und Stade nur profitieren, wenn das Volk auf Bundesebene JA sagt.

Zweitens: Es sind gerade die federalistischen Überlegungen welche die Steuerreform so stark machen. Nicht Bundesbern entscheidet über die Umsetzung in den Kantonen. Jeder Kanton entscheidend selbständig. Mit der nationalen Steuerreform erhalten die Kantone aber mehr Handlungsspielraum, um zusammen mit den Gemeinden massgeschneiderte Lösungen zu finden. In jedem Kanton hat schlussendlich das Volk das letzte Wort über die kantonale Umsetzung. Man darf darum die nationale Steuerreform nicht mit den kantonalen Umsetzungen vermischen!

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass die Steuerreform in den Kantonen nicht gegen den Willen der Gemeinden und Stade umgesetzt wird. Das Gegenteil ist in der Realität schlicht nicht denkbar. Nur wenn die kommunale Ebene aktiv mit einbezogen und berücksichtigt wird, lassen sich

die Ziele der Steuerreform erreichen. Als Vertreter der Gemeinden poche ich mit Vehemenz auf diesen wichtigen Punkt. Die Vorlage atmet den Geist des Föderalismus. Die Kantone sind in der Pflicht. Sie müssen für ihr Gebiet die beste Lösung umsetzen. Das geht nur mit den Gemeinden und Städten – und mit dem Begleitmassnahmen des Bundes in Form der nationalen Steuerreform, ohne die Gemeinden und Städte in eine noch viel schwierigere Lage geraten würden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Pressekonferenz «Gemeinden, Städte und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

Für Städte und Gemeinden die richtige Lösung

Yannick Buttet, Gemeindepräsident Collombey-Muraz/VS, Co-Präsident «Gemeinde- und Städtekomitee Ja zur Steuerreform», Nationalrat CVP VS

Es gilt das gesprochene Wort.

In Visp bietet die Lonza als wohl wichtigster Arbeitgeber des gesamten Oberwallis Arbeit für über 2'500 Angestellte. Jährlich zahlt das Unternehmen, das schon über Jahrzehnte im Kanton tätig ist, rund 300 Millionen Franken in Löhnen aus. Das Volumen, das über Aufträge an Zulieferer in der Region fließt, beträgt rund 60 Millionen Franken. 85 Prozent der Lonza-Belegschaft sind Walliser.

Ein ähnliches Bild in Monthey im Unterwallis. Auch hier bieten grossen Unternehmen aus der Chemiebranche tausende Arbeitsplätze an und sind für lokale und regionale Zulieferer-KMU ein regelrechter Wirtschaftsfaktor. Die grossen Unternehmen sind stark mit der Region verbunden. Die Anfänge dieser Unternehmen in der Region gehen teilweise ins 19. Jahrhundert zurück.

Der Bevölkerung und den Gemeinden im Ober- und im Unterwallis ist voll bewusst, wie wichtig es ist, dass diese Firmen und die Arbeitsplätze in der Region bleiben. Wir stehen heute vor der Herausforderung, dass die bisher erfolgreich angewendeten kantonalen Steuersysteme international derart unter Druck sind, dass die Kantone und mit ihnen die Gemeinden sie schlicht nicht mehr anwenden können. Wir müssen handeln. Ansonsten verlieren wir im Wallis diese wichtigen Arbeitgeber. Und wir handeln, indem wir die vorliegende Steuerreform als ausgewogener und guter Kompromiss zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie Bundesrat und Parlament ausgearbeitet haben.

Ich bin Gemeindepräsident von Collombey-Muraz. Ich weiss, was es heisst, wenn in der Region ein wichtiger Arbeitgeber den Betrieb einstellen muss oder wegzieht. Die Raffinerie in Collombey-Muraz, die bis Anfang 2015 rund 200 Mitarbeitende beschäftigte, hat den Betrieb bis auf Weiteres eingestellt. Solche Entwicklungen kann man nicht immer verhindern. Aber wir dürfen, wie jetzt im Fall der Steuerreform, unseren Wirtschaftsstandort nicht in Kenntnis der Herausforderungen willentlich derart schwächen und gefährden. Mit der Steuerreform haben wir eine funktionierende Lösung. Die SP, die das Referendum ergriffen hat, ist gegen die Reform, einen Plan B präsentieren kann sie aber nicht.

Für das Wallis insgesamt steht bei der Steuerreform sehr viel auf dem Spiel. Und auch für die Gemeinden im Ober- und Unterwallis steht viel auf dem Spiel. Die nationale Vorlage der Steuerreform schafft die Voraussetzung, damit Gemeinden und Kantone die heute international umstrittenen Steuerprivilegien abschaffen können, ohne dabei ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort auf Spiel zu setzen. Das ist die Grundlage dafür, dass die heute von grossen Firmen bezahlten Steuern von über 5 Milliarden Franken gesichert werden können und Arbeitsplätze auf dem Gebiet der Städte und Gemeinden erhalten bleiben. Arbeitsplätze, die wiederum Grundlage dafür sind, dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden bleiben und Einkommenssteuern zahlen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Pressekonferenz «Gemeinden, Städte und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

Die Steuerreform stärkt KMU-geprägte Gemeinden

Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin von Sigriswil, Kantonsratin SVP BE

Es gilt das gesprochene Wort.

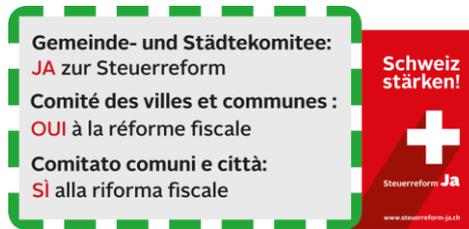
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bin Gemeindepräsidentin in Sigriswil am Thunersee und war vorgängig vier Jahre Ressortvorsteherin Finanzen und Steuern. In unserer Gemeinde leben 4'700 Einwohnerinnen und Einwohner in elf Dörfern auf einer Fläche von 55 km². Rund 200 Firmen zahlen bei uns Steuern. All diese Unternehmungen sind KMU. Es gibt in der Gemeinde Sigriswil keine grossen internationalen Firmen. Wir haben bei uns keine Weltkonzerne, die bisher von Steuerprivilegien profitiert hatzen. Wir sind, wie grosse Teile der Berner und der Schweizer Wirtschaft, von den KMU geprägt. Auf die vielseitigen Firmen sind wir stolz und wollen gute Rahmenbedingungen für den Erhalt und für die Entwicklung der Firmen schaffen.

Gerade die KMU geprägte Schweizer Wirtschaft ist auf einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort angewiesen. KMU auch in Gemeinden, die selber keine grossen internationalen Firmen haben, brauchen eine florierende Wirtschaft. Denn nur eine solche generiert Arbeit und Aufträge, von denen die KMU als Zulieferer und Partner profitieren. Ich weiss, was es heisst, sich für die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden einzusetzen und zu schauen, dass sie in unserer Gemeinde erfolgreich arbeiten können. Wirtschaftsförderung in Sigriswil ist kein Sonntagspaziergang.

Unternehmen ansiedeln, Arbeitsplätze schaffen und somit Steuern der Firmen und der dort angestellten Mitarbeitenden sichern. Das ist eine grosse Aufgabe für unsere Gemeinde und für den Kanton Bern insgesamt. Unser Kanton hat relativ hohe Gewinnsteuern für Unternehmen. Wir strengen uns seit Jahren an, Unternehmen anzusiedeln und der Region mehr Aufschwung zu geben. Mit der Steuerreform verspreche ich mir hier einen Ruck, der durch die Gesellschaft geht und uns einen wichtigen Schritt vorwartsbbringt. Lehnen wir die Steuerreform ab, wirft uns das um Jahre zurück.

Eine Gemeinde wie Sigriswil braucht Zukunftsperspektiven, sie braucht eine Dynamik, damit sie als Wohn- und Arbeitsort eine attraktive Zukunft hat. Dazu müssen wir konsequent eine Vorwärtsstrategie fahren, wie sie jetzt mit der Steuerreform vorliegt. Immer wieder gelingt es uns, neue Arbeitgeber bei uns anzusiedeln und wir verzeichnen Zuzügler, die wichtig für uns sind. Das können wir nur erhalten, wenn wir uns der Zukunft stellen und gute Rahmenbedingungen schaffen. Mit einem Nein zur Steuerreform murksen wir die wirtschaftliche Dynamik in unserer Gemeinde und im Kanton ab. Dann haben wir die Steuerausfälle, von denen das Referendumskomitee warnt. Und nicht, wenn wir diese wichtige Reform annehmen.



Pressekonferenz «Gemeinden, Städte und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

JA zur Steuerreform

Michele Bertini, Vizebürgermeister von Lugano, FDP

Es gilt das gesprochene Wort.

Mit der Unternehmenssteuerreform III wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz erhalten und somit verhindert, dass Unternehmen ins Ausland abwandern. Die vorgeschlagene Reform ist ein ausgeglichener und fairer Kompromiss, der die Kantone stärkt, Rechtssicherheit für die Unternehmen schafft, sowie Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sichert.

Man halte sich vor Augen, dass im Tessin 1350 von den insgesamt 32 000 Unternehmen betroffen sind, welche 20% aller Steuereinnahmen von juristischen Personen generieren, und dass 50 von diesen Gesellschaften circa 7% des kantonalen BIP erwirtschaften. Es handelt sich um äusserst bedeutungsvolle Realitäten für unseren Kanton. Würden wir sie verlieren, wäre das ein Verlust für uns alle.

Die Steuerreform schafft Unterschiede und Ungleichheiten ab

Derzeit bestehen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern und Kantonen, aber auch innerhalb der Kantone selbst und, was mich betrifft, des Tessins. Das ist ungerecht. Mit der Steuerreform sollen diese Unterschiede abgebaut werden. Ein wichtiger Schritt für die Zukunft unserer Wirtschaft!

Am 12. Februar 2017 stimmt das Schweizer Volk über die Steuerreform ab, gegen welche die Linke das Referendum ergriffen hat. Sollte die Reform in Kraft treten, würde steuerlich nicht mehr zwischen verschiedenen Unternehmenstypen unterschieden. In der heutigen unsicheren Lage zu verharren, wäre nicht gut für unser Land. Die Steuerreform III ermöglicht es, unser Steuer- und Abgabensystem landesweit zu erneuern, sowie Stabilität und langfristige Perspektiven zu schaffen. Davon sind auch die Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren überzeugt.

Eine föderalistische Reform

Die Unternehmenssteuerreform III respektiert die kantonale Autonomie nicht nur, sondern verstärkt sie noch zusätzlich. Allerdings müssen wir uns dessen bewusst sein, dass keine Errungenschaft für die Ewigkeit ist. Der Verlust der betroffenen Unternehmen würde einen grossen Einschnitt bei den Steuereinnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene verursachen. Weniger Steueraufkommen bedeutet weniger Investitionen und weniger Ressourcen für die Steuerung der verschiedenen Politikbereiche, insbesondere der Sozial- und Bildungspolitik.

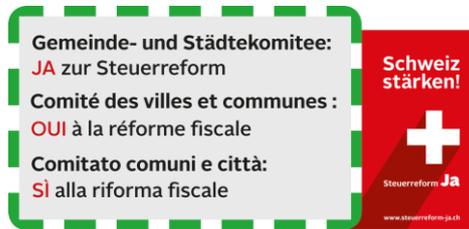
Die Tessiner Kantonsregierung beabsichtigt, die kantonale Unternehmensgewinnsteuer schrittweise von aktuell 9% auf 6-6,5% zu senken, um die Gesamtsteuerbelastung (Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern) von derzeit 19,8% auf 16-16,8% zu reduzieren. Ausserdem sieht die Unternehmens-

steuerreform III weitere punktuelle Massnahmen vor, welche es ermöglichen, die Steuerlast für bestimmte Unternehmensarten auf circa 14 % zu beschränken. Dank dieser Interventionen positioniert sich die steuerliche Attraktivität des Kantons Tessin im gesamtschweizerischen Mittelfeld.

Da sich die Reform unterschiedlich auf die politischen Gemeinden auswirken wird, ist es wichtig, dass ihnen Instrumente zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen erlauben, die Veränderungen bestmöglich umzusetzen.

Schliesslich bedeutet eine vermehrte Verfügbarkeit von Steuermitteln, dass bessere öffentliche Dienstleistungen gewährleistet werden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Pressekonferenz «Gemeinden, Stade und KMU für die Steuerreform», 6. Dezember 2016, Bern

Ein exemplarisches und mit grosser Mehrheit befurwortetes Projekt für den Kanton Waadt

Laurent Wehrli, Stadtpräsident Montreux, Nationalrat FDP VD

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren

Heute richte ich mich nicht nur in meiner Eigenschaft als Stadtpräsident von Montreux, sondern auch als Vertreter des einzigen Kantons, der schon über die Unternehmenssteuerreform (USR III) abgestimmt hat, an Sie. Da diese Revision unumgänglich ist, ist der Kanton Waadt vor einer eidgenössischen Volksabstimmung in dieser Sache vorangegangen und hat bestimmt, wie diese Steuerreform umzusetzen sei. Die Waadtlanderinnen und Waadtländer haben sich am vergangenen 20. März in einer Volksabstimmung klar ausgedrückt und das Resultat spricht für sich: mit 87% ist die Reform mit grosser Mehrheit angenommen worden.

Diese Lösung wurde nicht nur von den Bürgerlichen und ihrer Basis – wie erwartet und fast einstimmig – unterstützt. Auch viele von der Basis der Sozialdemokraten und Grünen haben sich genauso wie eine Mehrheit der Gemeinden des Kantons klar zu Gunsten dieser Reform ausgesprochen.

Was spielte das Zünglein an der Waage im Kanton Waadt? Die Waadtlanderinnen und Waadtländer wollten bestimmt weiterhin einen Kanton, der attraktiv und konkurrenzfähig ist für Unternehmen, insbesondere für internationale Unternehmen, die Arbeitsplätze bieten und direkt oder indirekt zu unserem Wohlstand beitragen. Für die Gemeinden war es vital, eine Lösung zu finden, um langfristig Unternehmen, Arbeitsplätze und Steuerzahler zu erhalten und so Steuereinnahmen zu garantieren.

Da die aktuellen Regelungen auf internationalem Niveau nicht mehr toleriert werden, ist die Reform unseres Steuersystems unumgänglich. Mein Kanton hat sich für das folgende System entschieden: Grossunternehmen, die bis jetzt von Sonderregelungen profitiert haben, zahlen etwas mehr, während die Senkung des Gewinnsteuersatzes von 21,7 % auf 13,8 % den Unternehmen und im Speziellen den KMU zugutekommt. Die Umsetzung der Reform sieht parallel dazu die Erhöhung der Familienzulagen und der Beiträge an Krippenplätze vor, bezahlt von den Arbeitgebern im Kanton. Es ist tatsächlich auf kantonaler Ebene, wo die passenden und angemessenen Begleitmassnahmen getroffen werden müssen. Das ist die Stärke des schweizerischen Federalismus!

Die Debatte über die Unternehmenssteuerreform III bietet auf nationaler Ebene das perfekte ideologische Umfeld und die Sozialdemokratische Partei lässt keine Gelegenheit aus, die Nachteile hervorzuheben. Auf kantonaler Ebene aber, wo es schwieriger ist, sich hinter ideologischen Vorurteilen zu verstecken, haben sogar Vertreter der Linken die Wichtigkeit und die Vorteile dieser Reform erkannt.

Ich erwähne hier als Beweis die Aussage von Herr Pierre-Yves Maillard, sozialdemokratischer Staatsratspräsident des Kantons Waadt, die er in der Zeitung Le Temps kurz vor der kantonalen Abstimmung gemacht hat. Als er nach den Gründen für sein Befürworten gefragt wurde, meinte er, es sei zum Donnerwetter nochmals zum Erhalt der Arbeitsplätze! Er hatte völlig Recht!

Mit einem JA zur Steuerreform schaffen wir die nötigen Voraussetzungen zum Erhalt, ja sogar zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, mit der Unterstützung der Gemeinden hat der Kanton Waadt die Vorreiterrolle übernommen und die Leitlinien für die Umsetzung der Reform gesetzt. Wir sind somit das lebende Beispiel, dass die Kantone und die Gemeinden gemeinsam Lösungen finden können, die den Rahmenbedingungen gerecht werden und ihnen förderlich sind.

Deshalb engagieren wir uns entschlossen dafür, dass auf eidgenössischer Ebene ein Ja in die Urne gelegt wird und dass das, was entschieden wird, nicht zunichtegemacht wird. Der Arbeitsplatz Schweiz hängt davon ab!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Arbeitsplätze sichern. Schweiz stärken!

Überparteiliches Komitee
«JA zur Steuerreform»
c/o FDP.Die Liberalen
Neuengasse 20
3001 Bern

Mail: team@steuerreform-ja.ch
Web: www.steuerreform-ja.ch
Twitter: @SteuerreformJA

Fakten Gemeinden und Städte

Eine Systemänderung ist unausweichlich: Nichtstun ist keine Option.

Das heutige Steuersystem ist im Ausland nicht länger akzeptiert und muss darum abgeschafft werden. Die Stimmberechtigten entscheiden am 12. Februar 2017, ob die Kantone ihre umstrittenen Steuersysteme **mit** oder **ohne** einem **Unterstützungsprogramm des Bundes** anpassen können.

MIT Steuerreform

Die Reform gibt den Kantonen die notwendigen Instrumente und finanziellen Mittel, um die Folgen der Systemänderung abzufedern. Davon profitieren auch die Gemeinden.

- + 1,1 Milliarden Franken jährlich für die Kantone
- + faire Korrektur des Nationalen Finanzausgleichs (NFA)
- + neue steuerpolitische Instrumente ermöglichen massgeschneiderte kantonale Lösungen
- + klare Leitplanken im interkantonalen Steuersystem
- + gestärkter Föderalismus
- + international akzeptierte Lösung

OHNE Steuerreform

Die Systemänderung erfolgt in den Kantonen ohne Begleitmassnahmen des Bundes. Das bringt Kantone und Gemeinden in eine missliche Lage.

- keine finanzielle Unterstützung des Bundes
- unbestimmte Steuerausfälle
- neue Ungerechtigkeiten im Nationalen Finanzausgleich (NFA)
- weniger Handlungsspielraum für Kantone
- keine Grenzen im interkantonalen Steuerwettbewerb
- gefährliche Rechtsunsicherheit und drohende Steuerstrafen für Schweizer Unternehmen im Ausland

Alternative der SP: Max. 500 Millionen für Kantone und Gemeinden

- Die SP hat mehrfach betont, dass die Kosten für den Bund ihrer Ansicht nach höchstens 500 Millionen Franken betragen dürfen.
- Damit müsste der Bund die finanzielle Unterstützung der Kantone stark kürzen. **Die Kosten für den Bund würden reduziert, aber die Kosten für die Kantone und Gemeinden würden umso teurer.**
- Denn am Reformbedarf in den Kantonen würde das nichts ändern. Ohne Sondermassnahmen müssten sie sogar stärker auf Gewinnsteuersenkungen setzen. Andernfalls könnte die Wettbewerbsfähigkeit nicht aufrechterhalten werden und die Kantone hätten massive Steuerausfälle durch Verlagerungen zu verkraften.
- **Ohne die finanzielle Unterstützung des Bundes wären die Kantone gezwungen, vermehrt die Steuern für die Haushalte erhöhen.**

Arbeitsplätze sichern. Schweiz stärken!

Überparteiliches Komitee
«JA zur Steuerreform»
c/o FDP.Die Liberalen
Neuengasse 20
3001 Bern

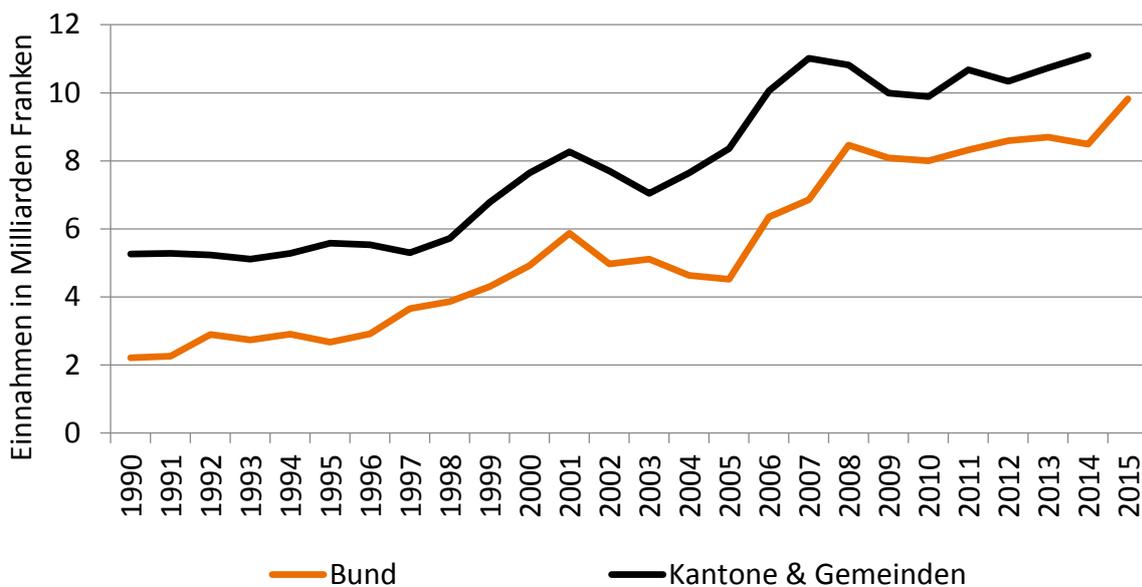
Mail: team@steuerreform-ja.ch
Web: www.steuerreform-ja.ch
Twitter: @SteuerreformJA

Verdopplung der Fiskaleinnahmen von Unternehmen bei Kantonen und Gemeinden seit 1990

- Die Schweiz hat von bisherigen Steuerreformen massiv profitiert. Die Steuereinnahmen von Unternehmen sind seit 1990 deutlich stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt oder die Steuereinnahmen von Haushalten.
- Die realitätsferne Oppositionshaltung der Linken führt dazu, dass **Bund, Kantone und Gemeinden Steuereinnahmen in Milliardenhöhe von internationalen Unternehmen zu verlieren drohen. Diese um ein Vielfaches höheren Steuerausfälle wären müssten dann effektiv von Privaten und KMU getragen werden.**

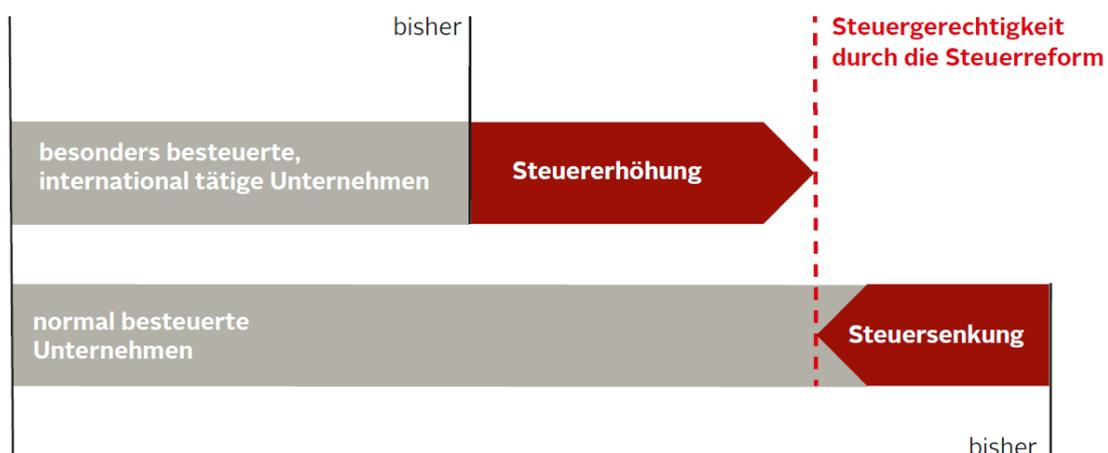
Grafik: Einnahmen von Unternehmen (Gewinn- und Kapitalsteuer)

(in Milliarden Franken) seit 1990



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2016) Finanzstatistik

24'000 international tätige Unternehmen bezahlen gleich viel oder mehr Steuern in den Städten und Gemeinden



Arbeitsplätze sichern. Schweiz stärken!

Überparteiliches Komitee
«JA zur Steuerreform»
c/o FDP.Die Liberalen
Neuengasse 20
3001 Bern

Mail: team@steuerreform-ja.ch
Web: www.steuerreform-ja.ch
Twitter: @SteuerreformJA

Relevante Daten der Kantone inkl. Bemerkungen

- Die Kantone erhalten jährlich **1,1 Milliarden Franken zusätzlich**. Davon profitieren direkt und zumindest indirekt auch die Städte und Gemeinden!
- Die Steuerreform **korrigiert den Nationalen Finanzausgleich** (NFA). Ohne diese Korrektur würde es zu weiteren Verwerfungen kommen! Speziell betroffen wären Kantone mit vielen Statusgesellschaften. Darunter fallen sowohl Geber- wie auch Nehmerkantone.
- Die **24'000** sonderbesteuerten Unternehmen sind **volkswirtschaftlich relevant** – beim Bund aber auch bei den Städten und Gemeinden! Steuern zahlen nicht nur die Unternehmen, sondern auch die rund **150'000 Angestellten** (Einkommen, Mehrwertsteuern, Sozialabgaben etc.). Nicht vergessen vergessen werden dürfen dabei auch die Folgen bei Zulieferbetrieben! Auch KMU profitieren von Aufträgen dieser Firmen und beschäftigen so Zehntausende.

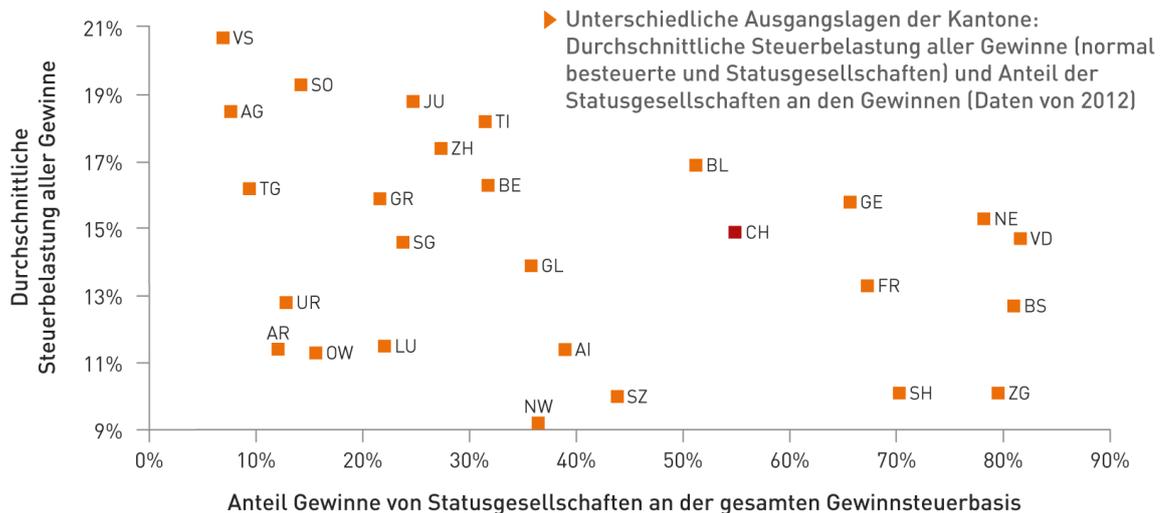
Kanton	Unterstützung vom Bund durch die Steuerreform (in Millionen Franken)	NFA-Zahlen 2017: Ressourcenausgleich für die Nehmerkantone (in Millionen Franken)	Anzahl sonderbesteuerte Unternehmen
Zürich	177.5	Nettozahler	1739
Bern	110.0	1211.6	1195
Luzern	28.2	167.2	601
Uri	8.5	66.8	52
Schwyz	33.2	Nettozahler	677
Obwalden	3.1	0.2	265
Nidwalden	6.3	Nettozahler	366
Glarus	9.1	59.1	550
Zug	73.0	Nettozahler	7107
Freiburg	68.2	268.5	1883
Solothurn	17.1	306.8	317
Basel-Stadt	51.0	Nettozahler	533
Basel-Landschaft	29.6	17.6	410
Schaffhausen	11.3	6.7	343
Appenzell A.Rh.	4.2	29.2	158
Appenzell I.Rh.	1.4	8.3	79
St. Gallen	35.1	424.1	995
Graubünden	14.0	135.8	885
Aargau	45.2	267.4	443
Thurgau	15.9	225.8	408
Tessin	32.4	18.7	1655
Waadt	96.7	Nettozahler	701
Wallis	79.6	588.5	421
Neuenburg	20.3	7.9	314
Genf	112.5	Nettozahler	1686
Jura	16.4	138.6	326

Arbeitsplätze sichern. Schweiz stärken!

Überparteiliches Komitee
«JA zur Steuerreform»
c/o FDP.Die Liberalen
Neuengasse 20
3001 Bern

Mail: team@steuerreform-ja.ch
Web: www.steuerreform-ja.ch
Twitter: @SteuerreformJA

Die Kantone haben unterschiedliche Ausgangslagen



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2015), eigene Berechnungen, NZZ (07.09.2016)
www.economiesuisse.ch

Kritik an der Argumentation der Referendumsführer in Bezug auf Städte/Gemeinden

Beispiel Stadt Zürich:

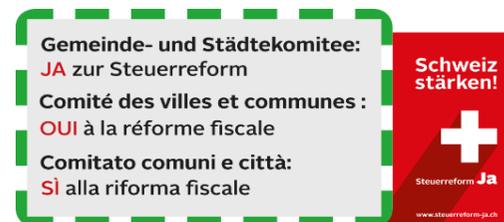
Der linke Stadtzürcher Finanzdirektor Daniel Leupi warnt vor Steuerausfällen von 300 Millionen. Wie er auf die Zahl kommt, legt er nicht transparent vor. Dazu kann man sagen:

- Die Stadt macht eine rein statische Rechnung.
- Die Stadt macht also die Annahme: «die Firmen reagieren nicht eine auf massive Steuererhöhung». Diese Annahme ist mit Sicherheit falsch. Die Frage ist nicht, ob die Unternehmen reagieren, sondern wie stark sie reagieren.
- Wichtig ist der Vergleich mit der Option «Nichtstun» (nur obligatorische Patentbox, keine Gewinnsteuersenkung). Gemäss der Studie von BAK-Basel würde dies die Züricher Gemeinden bis zu 345 Millionen Franken kosten und den Kanton Zürich bis zu 343 Millionen Franken.
- **In der Stadt Zürich alleine gibt es 994 Statusgesellschaften. Das sind zwar nur 3.9% der Firmen in der Stadt. Sie generieren jedoch 34% aller Gewinne, die in der Stadt erwirtschaftet werden** (Quelle: Bundesrat (12.08.2015) Steuerstatistische Grundlagen der Unternehmensbesteuerung). **Diese Unternehmen werden durch die Abschaffung der Steuerstatus in der Stadt deutlich höhere Steuern zahlen.**

Es gibt noch andere Beispiele: z.B. Luzern: 316 Statusgesellschaften, zwar nur 7.3% der Unternehmen, aber 46.8% der Gewinne, die in der Stadt erwirtschaftet werden. Diese Zahlen der direkten Bundessteuer belegen wie gross die volkswirtschaftliche Bedeutung der international tätigen Unternehmen ist.

Gemeinde- und Städtekomitee JA zur Steuerreform

Stand 6. Dezember 2016



Co-Präsidium

Name	Vorname	Funktion	Partei	PLZ	Ort	Kanton
Amherd	Viola	ehem. Stadtpräsidentin	CVP	3900	Brig-Glis	Wallis
Bäumle	Martin	Finanzvorstand	GLP	8600	Dübendorf	Zürich
Buttet	Yannik	Gemeindepräsident	CVP	1868	Collombey-Muraz	Wallis
Fluri	Kurt	Stadtpräsident	FDP	4500	Solothurn	Solothurn
Germann	Hannes	Präsident Gemeindeverband	SVP	8236	Opfertshofen	Schaffhausen
Hess	Lorenz	Gemeindepräsident	BDP	3066	Stettlen	Bern
Müller	Thomas	Stadtpräsident	SVP	9400	Rorschach	St. Gallen
Müller	Leo	Gemeindepräsident	CVP	6017	Ruswil	Luzern
Wehrli	Laurent	Stadtpräsident	FDP	1820	Montreux	Waadt

Komitee

Name	Vorname	Funktion	Partei	PLZ	Ort	Kanton
Abli	Martin	Gemeindepräsident	BDP	7504	Pontresina	Graubünden
Aellig	Pentti	Gemeindepräsident	SVP	8239	Dorflingen	Schaffhausen
Ammeter	Daniela	GemeinderatIn		6280	Hochdorf	Luzern
Amstutz	Madeleine	Gemeindepräsidentin	SVP	3655	Sigriswil	Bern
Anmeter	Daniela	GemeinderatIn	FDP	6280	Hochdorf	Luzern
Arnold	Simon	Gemeindepräsident	FDP	6454	Flüelen	Uri
Arnold	Martin	Gemeindepräsident	SVP	8942	Oberrieden	Zurich
Auf der Maur	Albert	Gemeindepräsident	FDP	6440	Brunnen Ingbohl	Schwytz
Bächli	Michael	Gemeinderat / Finanzen	FDP	4107	Ettingen	Basel-Landschaft
Bagnoud	David	Präsident		1978	Lens	Wallis
Balestra	Gabriele	Gemeindepräsident	FDP	6596	Gordola	Tessin
Baumann	Kurt	Gemeindepräsident	SVP	8370	Sirnach	Thurgau
Berlinger	Jürg	Gemeindevizoprasident	CVP	6060	Sarnen	Obwalden

Bernasconi	Claudia	Gemeindepräsidentin	CVP	6404	Greppen	Luzern
Bertini	Michele	Vizebürgermeister	FDP		Lugano	Tessin
Bircher	Martina	Gemeinderätin Aarburg	SVP	4663	Aarburg	Aargau
Blank	Andreas	Gemeindepräsident		4302	Augst	Basel-Landschaft
Bohnenblust	Marc	Gemeinderat	GLP	8126	Zumikon	Zürich
Boschetti	Steen	Gemeinderat	FDP	1028	Préverenges	Waadt
Bossart	Rolf	Gemeinderat	SVP	6214	Schenkon	Luzern
Bosshart	Roger	Gemeindepräsident	FDP	6345	Neuheim	Zug
Bosshart	Rudolf	Gemeindepräsident	FDP		Brütten	Zürich
Brechbühl	Christian	Stadtammann	FDP	3280	Murten	Freiburg
Bruderer	René	Gemeinderat	FDP	9243	Jonschwil	St. Gallen
Brühlmann	Philippe	Gemeindepräsident	SVP	8240	Thayngen	Schaffhausen
Brüngger	Carina	Gemeinderätin	FDP	6312	Steinhausen	Zug
Bruttin	Bernard	Président		1973	Mont-Noble	Wallis
Bühler	Hansueli	Gemeindeammann	FDP	4332	Stein	Aargau
Burgunder	Stephan	Gemeindepräsident	FDP	4133	Pratteln	Basel-Landschaft
Carrard	Jean-Daniel	Gemeindepräsident	FDP	1400	Yverdon-les-Bains	Waadt
Chervet	Guy	Gemeinderat	FDP	1814	La Tour-de-Peilz	Waadt
Christen	Urs	Gemeinderat	FDP	6375	Beckenried	Nidwalden
Cornaro	Yves	Gemeinderat	FDP	1820	Montreux	Waadt
Degen	Stefan	Gemeinderat	FDP	4460	Gelterkinden	Basel-Landschaft
Dittli	Peter	Gemeindepräsident	FDP	6313	Menzingen	Zug
Dobmann	Markus	Gemeinderat	FDP	6216	Mauensee	Luzern
Doutaz	Jean-Pierre	Syndic		1630	Gruyère	Freiburg
Dumoulin	Sylvain	Président		1965	Savièse	Wallis
Dumusque	Erik	Gemeinderat	FDP	1814	La Tour-de-Peilz	Waadt
Eckert	Antoinette	Vize-Gemeindeammann	FDP	5430	Wettingen	Aargau
Egli	Kurt	Gemeinderat	FDP	1814	La Tour-de-Peilz	Waadt
Egli	Heinz	Gemeindepräsident	BDP	3855	Schwanden b. Brienz	Bern
Egli	Adolf	Gemeindeammann	SVP	5503	Schafisheim	Aargau
Eigensatz	Rita	Gemeinderätin	FDP	5702	Niederlenz	Aargau
Ernst	Markus	Gemeindepräsident	FDP	8700	Küsnacht	Zürich
Eugster	Philippe	Gemeinderat	FDP	1814	La Tour-de-Peilz	Waadt
Famos	Cla	Finanzvorstand	FDP	8610	Uster	Zürich
Farault-Linares	Roxane	Gemeinderätin	FDP	1260	Nyon	Waadt

Farner	Martin	Gemeindepräsident	FDP	8477	Oberstammheim	Zürich
Favre	Bertrand	Gemeinderat	FDP	1218	Le Grand-Saconnex	Genf
Favre-Torelloz	Muriel	Président		1891	Vérossaz	Wallis
Feuz	Hans	Gemeindepräsident	CVP	8595	Altnau	Thurgau
Fischli	Hansheini	Säckelmeister	FDP	6402	Merlischachen	Schwyz
Föhn	Sepp	Gemeindepräsident	CVP	7302	Landquart	Graubünden
Fournier	Daniel	Président		1905	Dorénaz	Wallis
Frei	Stefan	Gemeindepräsident	FDP	9536	Schwarzenbach	Bern
Freiburghaus	Andreas	Ammann	FDP	3184	Wünnewil-Flamatt	Freiburg
Freitag	Charly	Gemeindepräsident	FDP	6215	Beromünster	Luzern
Früh	Philipp	Gemeinderat		8225	Sibingen	Schaffhausen
Fürst	Reinhard	Stadtrat	SVP		Illnau-Effretikon	Zürich
Gaillard	Jean-Michel	Gemeindepräsident		1908	Riddes	Wallis
Gaillard	Jean-Michel	Président		1908	Riddes	Wallis
Ganzer	Stéphane	Président élu		3968	Veyras	Wallis
Gapany	Johanna	Gemeinderat	FDP	1630	Bulle	Freiburg
Gehring	Matthias	Gemeindepräsident	FDP	9213	Hauptwil-Gottshaus	Thurgau
Glarner	Andreas	Gemeindepräsident	SVP	8966	Oberwil-Lieli	Aargau
Götte	Michael	Gemeindepräsident	SVP	9327	Tübach	St. Gallen
Graf	Thierry	Gemeinderat	SVP	1565	Missy	Waadt
Gross	Florence	Gemeinderat	FDP	1098	Epesses	Waadt
Grüter	Thomas	Gemeindepräsident		6264	Pfaffnau	Luzern
Gurtner	Miriam	Gemeinderätin	SVP	3510	Konolfingen	Bern
Gwerder	Paul	Sozialvorsteher	CVP	6472	Erstfeld	Uri
Häner	David	Gemeinderat	FDP	4226	Breitenbach	Solothurn
Hartmann	Armin	Gemeindeammann	SVP	6231	Schlierbach	Luzern
Hauser	Matthias	Gemeindepräsident	SVP	8194	Hüntwangen	Zürich
Hausherr	Peter	Gemeindepräsident	CVP	6343	Rotkreuz	Zug
Helbling	Jean-Pierre	Syndic		1723	Marly	Freiburg
Helfenstein	Georges	Gemeindepräsident	CVP	6330	Cham	Zug
Hess	Sandra	Stadtpräsidentin	FDP	2560	Nidau	Bern
Hiltmann	Christof	Gemeindepräsident	FDP	4127	Birsfelden	Basel-Landschaft
Hirs	Beat	Gemeindepräsident	FDP	9404	Rorschacherberg	St. Gallen
Hodel	Peter	Gemeindepräsident	FDP	5012	Schönenwerd	Solothurn

Hofer	Jacqueline	Gemeinderätin	SVP		Dübendorf	Zürich
Hofstetter	Barbara	Gemeindepräsidentin	CVP	6312	Steinhausen	Zug
Hollinger	Marianne	Gemeindepräsidentin	FDP	4147	Aesch	Basel-Landschaft
Homberger	Alain	Säckelmeister	FDP	8808	Ferienbach	Schwyz
Honegger	Gary	Gemeinderat	FDP	8112	Otelfingen	Zurich
Hotz	Andreas	Gemeindepräsident		6341	Baar	Zug
Hug	Claudio	Gemeinderat	GLP	4500	Slothurn	Solothurn
Hug	Felix	Vizegemeindepräsident	FDP	4656	Starrkirch-Will	Solothurn
Hunziker	Yvan	Syndic		1623	Semsaes	Freiburg
Hürlimann	Regula	Gemeindepräsidentin	FDP	6331	Hünenberg	Zug
Hürlimann	Tobias	Gemeindepräsident	CVP	6318	Walchwil	Zug
Ineichen	Rolf	Gemeinderat	SVP	6330	Zug	Zug
Jäggi	Rolf	Gemeindeamman	SVP	5704	Egliswil	Niedwalden
Jucker	Walter	Gemeinderat	SVP	4310	Rheinfelden	Aargau
Kaeser	Danièle	Stadtrat	FDP	1800	Vevey	Waadt
Kaufmann	Andrea	Gemeindepräsident	FDP	4437	Waldenburg	Basel-Landschaft
Klunge	Henri	Gemeinderat	FDP	1006	Lausanne	Waadt
Kobelt	Karl	Stadtrat	FDP	6301	Zug	Zug
Kölliker	Hansruedi	Gemeinderat	FDP	8800	Thalwil	Zürich
Kolly	Gabriel	Syndic		1647	Corbières	Freiburg
Kull-Benz	Katharina	Gemeindepräsidentin	FDP	8702	Zollikon	Zürich
Küng	Dr. Manfred	Gemeindepräsident	SVP	4566	Kriegstetten	Solothurn
Kunze	Christian	Stadtpräsident	FDP	1373	Chavornay	Waadt
Kutter	Philipp	Stadtpräsident	CVP	8820	Wädenswil	Zürich
Lachat	Damien	Gemeinderat	SVP	2854	Bassecourt	Jura
Laich	Lorenz	Finanzreferent	FDP	8239	Dörflingen	Schaffhausen
Langenegger	Konrad	Gemeindepräsident	SVP	6343	Rotkreuz	Luzern
Lederer	Daniel	Gemeindepräsident	FDP	4625	Oberbuchsitzen	Solothurn
Lenzin	Peter	Gemeindepräsident	FDP	5712	Beinwil am See	Aargau
Looser	Kilian	Gemeindepräsident	FDP	9650	Nesslau	St. Gallen
Losey	André	Syndic		1470	Estavayer-le-Lac	Freiburg
Lötscher	Otto	Ammann		1716	Plaffeien	Freiburg
Lusa	Jean	Vize Gemeindepräsident	SVP	2926	Boncourt	Jura
Mahler	Andreas	Gemeinderat	GLP	5442	Fislisbach	Aargau
Maistre	Yvan	Gemeinderat	FDP	1985	La Forclaz	Wallis

Marty	Peter	Gemeindepräsident	FDP	8853	Lachen	Schwyz
Matthey	Frédérique	Gemeindepräsident	FDP	2525	Le Landeron	Neuenburg
Matzinger	Peter	Gemeindepräsident		8474	Dinhard	Zürich
May	Pascal	Président		1925	Finhaut	Wallis
Meier	Pius	Gemeindepräsident	FDP	6315	Oberägeri	Zug
Meyer-Burkhard	Verena	Gemeindepräsidentin	FDP	4583	Buchegg	Solothurn
Ming	Daniel	Gemeinderat	FDP	6078	Lungern	Obwalden
Morf	Christian	Stadtpräsident		7414	Fürstenuau	Graubünden
Morin	Guy	Regierungspräsident	Grüne	4001	Basel-Stadt	Basel-Stadt
Müller	Emil	Gemeindepräsident	BDP	7530	Zernez	Graubünden
Müller	Dolfi	Stadtpräsident	SP	6301	Zug	Zug
Müller	Alois	Vizegemeindepräsident	CVP	4108	Witterswil	Solothurn
Müller	Dr. Thomas A.	Gemeindepräsident	CVP	4654	Lostorf	Solothurn
Neuhaus	Othmar	Ammann		1735	Giffers	Freiburg
Nufer	Rolf	Gemeindepräsident	FDP	8117	Fällanden	Zürich
Nüssli	Nicole	Gemeindepräsidentin	FDP	4123	Allschwil	Basel-Landschaft
Nyffenegger	Marianne	Gemeinderatspräsidentin	SVP	3422	Kirchberg	Bern
Ott	Wilfried	Gemeindepräsident	SVP	8320	Fehraltorf	Zürich
Panzer	Anita	Gemeindepräsidentin	FDP	4532	Feldbrunnen	Solothurn
Peter	Fabian	Gemeindeammann	FDP	6034	Inwil	Luzern
Pfister	Gallus	Gemeindepräsident		9410	Heiden	Appenzell
Pfisterer	Lukas	Stadtrat	FDP	5000	Aarau	Aargau
Preisig	Daniel	Stadtrat	SVP	8200	Schaffhausen	Schaffhausen
Rausis	Joachim	Président élu		1937	Orsières	Wallis
Rawlyer	Stephan	Gemeindepräsident	FDP	8212	Neuhausen am Rheinfall	Schaffhausen
Remund	Paul	Stadtpräsident	FDP	8152	Opfikon	Zürich
Ribary	Josef	Gemeindepräsident	FDP	6314	Unterägeri	Zug
Riebli	Peter	Gemeindepräsident	SVP	4446	Buckten	Basel-Landschaft
Riedo	Daniel	Ammann		3212	Gurmels	Freiburg
Rohner	Raphaël	Stadtrat	FDP	8200	Schaffhausen	Schaffhausen
Rothenbühler	Jürg	Gemeindepräsident	BDP	3438	Lauperswil	Bern
Rufer	Rolf	Gemeindepräsident	FDP		Fällanden	Zürich
Ruppen	Franz	Gemeindepräsident (ab 1.01.17)	SVP	3904	Naters	Wallis
Salvisberg	Martin	Stadtpräsident	SVP	8580	Amriswil	Thurgau
Schmid	Inge	Gemeindepräsidentin	SVP	9055	Bühler	Appenzell-Ausserrhoden

Schmid	Lorenzo	Gemeindepräsident	CVP	7050	Arosa	Graubünden
Schneider	Markus	Vizeammann Stadt Baden	CVP	5400	Baden	Aargau
Schoop	Henrik	Gemeinderat	FDP	3072	Ostermundigen	Bern
Schuler	Hansruedi	Gemeindepräsident	FDP	8222	Beringen	Schaffhausen
Schuler	Xaver		SVP	6423	Seewen	Schwyz
Schüpfer	Werner	Gemeinderat	SVP	5444	Künten	Aargau
Schuwey	Jean-Claude	Ammann		1656	Jaun	Freiburg
Schwab	Stéphane	Syndic		1632	Riaz	Freiburg
Schwestermann	Bernhard	Gemeindepräsident	CVP	3984	Fiesch	Wallis
Siegrist	Simon	Gemeinderat	SVP	6242	Wauwil	Luzern
Simon	Arnold	Gemeindepräsident	FDP	6454	Flüelen	Uri
Sommer	Johann	Gemeinderat	FDP	3550	Langnau	Bern
Spano	Alessandro	Gemeinderat	FDP	6600	Locarno	Tessin
Spring	Peter	Gemeindeammann	FDP	8967	Widen	Aargau
Stokholm	Anders	Stadtpräsident	FDP	8501	Frauenfeld	Thurgau
Strub	Eugen	Gemeindepräsident		4445	Häfelfingen	Basel-Landschaft
Strub	Gerald	Gemeindeammann		5706	Boniswil	Aargau
Studer	Albert	Ammann	CVP	1717	St. Ursen	Freiburg
Tamagni	Dino	Gemeinderat/ Finanzreferent	SVP	8212	Neuhausen am Rheinfall	Schaffhausen
Tanner	Jörg	Gemeindepräsident	GLP	7320	Sargans	St. Gallen
Thalmann-Bieri	Vroni		SVP	6173	Flühli	Luzern
Tinner	Beat	Gemeindepräsident	FDP	9478	Azmoos	St. Gallen
Tobler	Stephan	Gemeindepräsident	SVP	9315	Neukirch-Egnach	Thurgau
Tornare	Gilbert	Président		1945	Bourg-St-Pierre	Wallis
Tüscher	Bruno	Gemeinderat		4333	Münchwilen	Aargau
Unterlerchner	Urs	Gemeinderat	FDP	4500	Solothurn	Solothurn
Ursprung	Louis	Stadtpräsident Brig-Glis	SVP	3900	Brig-Glis	Wallis
Vogel	Robert	Gemeindeammann	CVP	6162	Entlebuch	Luzern
Vögeli	Mathias	Gemeindepräsident	BDP	8756	Glarus Süd	Glarus
Vogt	Hans Rudolf	Gemeindepräsident	FDP	3672	Oberdiessbach	Bern
Vollenweider	Heimgard	Gemeinderätin	SVP	6415	Arth	Schwyz
von Planta	Fortunat	Gemeinderat	FDP	6467	Schattdorf	Uri
Waeber	Gaston	Ammann	SVP	1712	Tafers	Freiburg
Walker	Roman	Gemeinderat	CVP	6467	Schattdorf	Uri
Werner	Christian	Gemeinderat	SVP	4600	Olten	Solothurn

Wicki	André	Stadtratspräsident	SVP	6301	Zug	Zug
Wilde	Hansjörg	Gemeindepräsident	Parteilos	4125	Riehen	Basel-Stadt
Wolanin	Jim	Gemeinderat	FDP	6206	Neuenkirch	Luern
Zamofing	Dominique	Syndic		2068	Hauterive	Freiburg
Zberg	Remo	Gemeindepräsident	FDP	6052	Hergiswil	Nidwalden
Zbinden	Ruedi	Gemeindepräsident	SVP	9565	Bussnang	Thurgau
Zemp	Adrian	Gemeinderat	SVP	3309	Kernenried	Bern
Ziörjen	Lothar	Stadtpräsident Dübendorf	BDP	8044	Gockhausen	Zürich